



**FOPIS
VOPSI**

fopis

info

Mai 2017

Verband der Organisationen des Personals
der Sozialen Institutionen des Kantons Freiburg
Fédération des organisations du personnel des
institutions sociales fribourgeoises

ADRESSE DES SEKRETARIATS:

Bd de Pérolles 8
Postfach 533
1701 Freiburg
Tel.: 026 309 26 40
eMail: secretariat@fopis.ch
Internet: www.vopsi.ch

Kollektivmitglieder: Berufs-
verbände und Gewerkschaft

FPV/AFP

Freiburger PsychologInnen-Verband
www.psyfr.ch

AVENIRSOCIAL

Sektion Freiburg
www.avenirsocial.ch

PSYCHOMOTORIK SCHWEIZ

Verband der Psychomotoriktherapeutinnen
und -therapeuten
www.psychomotorik-schweiz.ch

ATSF

Association des travailleurs
socioprofessionnels fribourgeois
atsf.ch@gmail.com

ARLD

Association romande des logopédistes
diplômés, Sektion Freiburg
www.arld.ch

GFEP

Groupement fribourgeois des ergo-
thérapeutes et physiothérapeutes

GFMES

Groupement fribourgeois des maîtres de
l'enseignement spécialisé
www.gfmes.ch

VPOD

Verband des Personals öffentlicher Dienste
Region Freiburg
www.ssp-fribourg.ch

Copyright: www.vopsi.ch
Design: bmp-services.ch
Print: bmp-services.ch

UM NICHT BALD
NACKT
DAZUSTEHEN
ECALEX
NEIN



MAN WILL UNS
ALLES NEHMEN
REFERENDUM VOM
21. MAI 2017
ECALEX NEIN



Ecalex – was ist das?

Das neue Gesetz über die Gebäudeversicherung, die Prävention und die Hilfeleistungen bei Brand und Elementarschäden (Ecalex) ist am 9. September 2016 vom Grossen Rat gegen den Willen der Personalverbände verabschiedet worden, worauf diese gezwungen waren, das Referendum zu ergreifen. Das Referendumskomitee stellt eine Gesetzesrevision nicht grundsätzlich in Frage. Doch es wehrt sich gegen die Artikel bezüglich des Personals. Ecalex sieht zwar vor, dass das Personal weiter dem Staatspersonalgesetz unterstellt ist, aber auch, dass die Direktion der Kantonalen Gebäudeversicherung im Rahmen der für das Staatspersonal geltenden Lohnskala leistungsorientierte Löhne festlegen kann, was ihr im Vergleich zu anderen öffentlichen Diensten einen zu grossen Spielraum lässt. Das Referendum wehrt sich gegen dieses Vorgehen: Die KGV darf nicht wie ein Unternehmen geführt werden, das von den Staatsgesetzen ausgenommen ist, während die Bevölkerung gezwungen ist, sich bei der KGV zu versichern. Wir sind überzeugt, dass eine solche Liberalisierung kurzfristig zu einer Erhöhung der Versicherungsprämien führen würde, die bislang sehr tief lagen.

Liebe Staatsangestellte, man will den Service Public abbauen und die Löhne kürzen

Die Abstimmung vom 21. Mai ist für die Zukunft des öffentlichen Dienstes von grosser Bedeutung.

Der vorgesehene Austritt des KGV-Personal aus der Lohnskala des StPG ist ein alarmierendes Zeichen. Er würde zweifellos den Austritt von Mitarbeitenden anderer Einrichtungen aus dem StPG nach sich ziehen. Die Etablierung eines solchen Präzedenzfalls muss daher unbedingt verhindert werden.

Wir stehen an einem Wendepunkt. Nach der KGV steht bereits das Kantonsspital in der Warteschlange...

Mit dem Sammeln von 9500 Unterschriften für das Referendum hat das Personal des öffentlichen Dienstes gezeigt, dass es sich dieser Gefahren bewusst ist. Im Falle eines JA hätte nach der KGV auch die Direktion des Freiburger Spitals freie Hand um 3000 Mitarbeitende aus dem StPG auszunehmen. Die Privatisierung der Wäscherei des HFR hat bereits vorgeführt, dass der Wille dazu vorhanden ist.

Wird Ecalex angenommen, wird es sehr schwierig, das Ausbluten des öffentlichen Dienstes zu stoppen.

Eigenständige Einrichtungen, die subventionierten Sektoren und alle staatlichen Institutionen könnten dann angegriffen werden. Die Abgeordneten des Grossen Rates müssen bereits heute zu den Vorschlägen der Rechten Stellung nehmen, die das StPG revidieren möchten, um damit den Stufenanstieg und die Lohnprogression der Staatsangestellten anzugreifen. Die Rechte will zudem leistungsabhängige Löhne einführen und Entlassungen erleichtern.

Gibt es hier einen Piloten im Cockpit?

Die wirtschaftsliberale Rechte hat keinerlei Respekt für das Personal. Im einen Fall, nämlich jenem der KGV, will sie das Personal aus der Lohnskala des StPG ausnehmen, auf die Gefahr hin, einige leitende Angestellte zu privilegieren, während sie im anderen Fall, jenem des Spitals, dieselbe Massnahme durchführen möchte, um Einsparungen auf dem Rücken des Personals zu erzielen.

DIE FRAGE DES MONATS

Berechnung der Berufsjahre bei der Anstellung

Wie die Berufsjahre bei der Anstellung berechnet werden, ist in Artikel 5.8 des GAV geregelt. Bei der Bestimmung der Berufsjahre hat der Arbeitgeber einen gewissen Spielraum. Sie werden unter Berücksichtigung der Erfahrung des Mitarbeiters festgelegt. Alle im geforderten Beruf geleisteten Jahre sind als Berufsjahre anzuerkennen. Erfahrungen aus anderen Tätigkeiten müssen ebenfalls berücksichtigt werden, sofern der Beschäftigungsgrad bei mindestens 50% lag. In diesem Fall werden gemäss GAV maximal drei Gehaltsstufen gewährt. Dagegen ist nicht genau geregelt, wie Erfahrungen im betreffenden Tätigkeitsbereich berücksichtigt werden, wenn kein Diplom für die neue Funktion vorliegt. Das trifft beispielsweise auf Praktiker zu, die in der Arbeit ausgebildet werden. Die im entsprechenden Tätigkeitsbereich erworbene Erfahrung muss anerkannt werden. Sie wird aber nicht gleich gewertet, wie wenn sie mit dem erforderlichen Diplom erworben wurde. Praktiker, die ihr Diplom erhalten haben, müssen mit dem Arbeitgeber die Bewertung der erworbenen Berufserfahrung aushandeln. In diesem Fall könnte es sinnvoll sein, sich bei den Personalverbänden zu informieren.

Dreifacher Angriff auf die Staatsangestellten

Ein JA zu Ecalex hätte schwerwiegende Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, auf die Kapazität der Mitarbeitenden, ihre Mission zu erfüllen sowie auf das Image der Behörden in den Augen der Freiburgerinnen und Freiburger.

Ein Austritt des Personals aus dem StPG führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen

- › Entlassungen könnten einfach durchgeführt werden.
- › Die Lohnprogression würde verlangsamt und drastisch zusammengestutzt.
- › Falls der Kanton weitere Sparmassnahmen lanciert, würden sie sich auf eine kleinere Anzahl von Mitarbeitenden verteilen.
- › Man isoliert die Angestellten, um sie zu schwächen.

Allgemeine Unzufriedenheit

- › Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen hätte auch Auswirkungen auf die Qualität des öffentlichen Dienstes.
- › Das Personal würde für die Unzufriedenheit der Bevölkerung büssen.

Die ganze Freiburger Bevölkerung steht auf der Verliererseite

- › Mit diesem Gesetz entzieht man dem Staat einen Dienstleister, der für die Gewährleistung der Sicherheit der Freiburger Bevölkerung eine absolut zentrale Rolle einnimmt: Gebäude-, Elektroinstallations-, Feuerkontrollen usw.
- › Der Austritt des KGV-Personals aus der Lohnskala des StPG ist ein erster Schritt in Richtung vollständige Privatisierung der Einrichtung, obwohl diese für den Staat rentabel ist.
- › Ein Angriff auf den öffentlichen Dienst hat mit Sicherheit Auswirkungen auf die Bevölkerung. Ein JA am 21. Mai würde längerfristig zur Schwächung des StPG führen, mit folgenden Auswirkungen:
- › Eine Verschlechterung der Qualität der Pflegeleistungen.
- › Eine Erhöhung der Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse.
- › Eine allgemeine Verschlechterung der Qualität des Service public.

STIMMEN SIE AM 21. MAI NEIN ZU ECALEX

Das VOPSI-Komitee sagt Nein zu ECALEX, da manche der in diesem Gesetz enthaltenen Grundsätze für den öffentlichen und halböffentlichen Sektor und damit für das Personal dieser Einrichtungen eine Gefahr darstellen.

Eine Schwächung und/oder Verschlechterung des öffentlich-rechtlichen Status im Staat wird automatisch Verschlechterungen für das Personal der spezialisierten Institutionen nach sich ziehen. Die Ausgliederungs- und Privatisierungswelle wird eine Vielfalt an unterschiedlichen Status bringen, die dann viel schwieriger zu verteidigen sein werden. Der VOPSI befürchtet auch, dass dieser Trend zur Individualisierung der Arbeitsbedingungen den Berufsverbänden auf Dauer die Verteidigung der Betreuung von Menschen mit einer Behinderung erschweren wird.

Um einen starken, allen zugänglichen Service public zu erhalten,

STIMMEN SIE NEIN ZU ECALEX.

VOPSI- Generalversammlung

Der VOPSI lädt ein zur Ordentlichen
Generalversammlung
am Dienstag, 13. Juni 2017
von 20.00 bis 22.00 Uhr

in der Auberge du Lavapesson
Route de la Chenevière 3
1763 Granges-Paccot

Traktanden:

- Tätigkeitsbericht, Jahresrechnung
und Budget, ...
- Änderung der VOPSI-Statuten
- Präsentation der vom Verband
INFRI in Auftrag gegebenen und
von der HSA-FR realisierten Studie
über die Entwicklung der Bedürf-
nisse im Bereich von Erwachsenen
mit Behinderung im Kanton Frei-
burg

Diese Generalversammlung steht
allen offen, die in den spezialisierten
Institutionen arbeiten.

Kommt zahlreich!

Merkt euch den Termin vor!

Freiburg, Mai 2017

Legen wir unsere Zukunft selber fest

Die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Freiburg müssen sich entscheiden, ob sie solch grosse Risiken eingehen wollen, um einige Führungskräfte der KGV zu begünstigen. Wir fordern stattdessen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Staatsangestellten. Unser Ziel liegt nicht in der Blockierung von Ecalex. Wir kritisieren aber die Tatsache, dass der Staatsrat die Ecalex-Revision zum Anlass genommen hat, hinterlistig eine Bestimmung einzuführen, die das KGV-Personal teilweise aus dem StPG ausschliesst.

Stimmen wir NEIN und versammeln wir uns dann alle am runden Tisch, um ernsthaft über die Zukunft der Staatsangestellten zu verhandeln. Der Staatsrat handelt unüberlegt und ist unfähig, in seinen eigenen Einrichtungen eine Personalpolitik walten zu lassen, die nicht nur effizient, sondern auch an die Realitäten des 21. Jahrhunderts angepasst ist. Unsere Stärke liegt im Dialog und in der Zusammenarbeit. Sowohl bei der KGV wie dem Freiburger Spital müssen alle betroffenen Partner in die Suche nach Lösungen einbezogen werden.

Die Freiburger Bürgerinnen und Bürger müssen sich entscheiden, ob sie kurzfristig von den Referenzwerten des Gesundheitswesens und des Bildungs- und Sicherheitsbereichs profitieren wollen. Wir sind hingegen der Meinung, dass diese Sektoren dann ihre Aufgabe am besten wahrnehmen können, wenn die Mitarbeitenden angehört und respektiert werden.

Die Diskussion um Ecalex ist von umso grösserer Bedeutung, als dass sie einen Einfluss auf alle Arbeitnehmenden unseres Kantons hat. Erstens natürlich auf alle, die dem StPG unterstellt sind, desweiteren aber auch auf die Mitarbeitenden des Privatsektors, welcher sich bei Angriffen auf die Arbeitsbedingungen seiner Angestellten fortan auf das Vorgehen des Staates beziehen könnte.

Das Freiburger Wahlresultat zur Unternehmenssteuerreform III stimmt uns äusserst zuversichtlich für den Erfolg dieses Referendums. Die Stimmbevölkerung hat am 12. Februar gezeigt, dass sie für geschmacklose, unausgegorene und unausgewogene Projekte nicht zu gewinnen ist. Drei Adjektive, die auch Ecalex bestens beschreiben.

Warum ein NEIN zu ECALEX?

- ▶ Um eine Kürzung der Löhne zu verhindern.
- ▶ Um zu verhindern, dass Staatsangestellte aus der Lohnskala des StPG ausgenommen werden.
- ▶ Um gegen eine rein ideologische Logik der Privatisierung und des Abbaus des Service public anzukämpfen.
- ▶ Um gegen die Verarmung der Arbeitnehmenden dieses Kantons anzukämpfen.
- ▶ Um eine Erhöhung der Prämien der Gebäudeversicherung zu verhindern.

Lesen Sie auch unsere Entgegnungen zu den Argumenten der Ecalex-Befürworter unter: www.ecalex-nein.ch.

Falls Sie unsere Kampagne unterstützen möchten:

PC-Konto 17-8404-7 / IBAN CH47 0900 0000 1700 8404 7

